

POLEN

STEPHAN RAABE,
LEITER DES AUSLANDSBÜROS

Freitag, 6. Februar 2008

www.kas.de/warschau

www.kas.pl

Polen nicht für und nicht gegen das „Sichtbare Zeichen gegen Vertreibung“

Reaktionen in Polen auf den Besuch der deutschen Delegation unter Führung von Kulturstaatsminister Neumann in Warschau

Am gestrigen Dienstag, dem 5. Februar, hielt sich eine Delegation der Bundesregierung unter Führung von Kulturstaatsminister **Bernd Neumann** (CDU) zu Gesprächen mit dem polnischen Deutschlandbeauftragten in der Kanzlei des Premiers, Staatssekretär, **Prof. Władysław Bartoszewski**, in Warschau auf. Neben der Vorstellung des Konzeptes für das in Berlin geplante „Sichtbare Zeichen gegen Flucht und Vertreibung“ ging es generell um die Zusammenarbeit bei Projekten der geschichtlichen Aufarbeitung.

In der gemeinsamen Verlautbarung nach dem Gespräch heißt es: „Beide Seiten betonten die Bedeutung eines offenen historischen Dialogs (...) und die Notwendigkeit der Suche nach einer Weiterentwicklung der Zusammenarbeit (...). Sie äußerten die Überzeugung, dass der deutsch-polnische Dialog einen wichtigen Beitrag zur Gestaltung des historischen Bewusstseins Europas leisten soll.“ Man sei ferner übereingekommen, das **Europäische Netzwerk** „Erinnerung und Solidarität“ als wichtiges Forum wiederzubelegen. Besprochen worden sei auch der mögliche Austausch von Ausstellungen und Möglichkeiten der Zusammenarbeit bei Projekten zur Geschichte des Zweiten Weltkriegs (Mahnmal Westernplatte, Weltkriegsmuseum Danzig). Die polnische Regierung beabsichtige jedoch nicht, sich an dem Vorhaben eines „Sichtbaren Zeichens gegen Flucht und Vertreibung“ formell zu beteiligen, was aber eine Beteiligung polnischer Historiker nicht ausschließe.

Verglichen mit der Intonation des Themas in den vergangenen zwei Jahren durch die national-populistische Regierung Kaczynski, wo schon der Dialog über das Projekt als „Verrat an der Nation“ gebrandmarkt und Deutschland Geschichtsfälschung vorgeworfen wurde, ist das Ergebnis der Gespräche ausgesprochen positiv. Auch in den polnischen Medien wurde das Gesprächsergebnis überwiegend sachlich dargestellt, verbunden mit der Hoffnung auf ein Ende des Streits.

Die beherrschenden Themen der Medienberichterstattung am 5. Februar abends waren allerdings andere. Hier standen der aktuelle Skandal von Geldzahlungen an die russische Mafia im Rahmen von Gasgeschäften, der anstehende Besuch von Premier **Tusk** in Moskau und die Vorwahlen in den USA im Vordergrund. Erst danach wurde über den Delegationsbesuch aus Berlin berichtet. In den Hauptnachrichten des öffentlichen **Fernsehens TVP 1** hieß es, dass Ergebnis sei unklar. Polen beteilige sich zwar nicht an dem Projekt. Eine Mitarbeit von polnischen Experten sei aber nicht ausgeschlossen worden. Deutschland bestehe weiter auf der Verwirklichung des Museums. Der Berliner Historiker **Manfred Wilke** (CDU) wurde wiedergegeben, es handele sich um das Schicksal von rund 15 Mil-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

POLEN

STEPHAN RAABE,
LEITER DES AUSLANDSBÜROS

Freitag, 11. Januar 2008

www.kas.de/warschau

www.kas.pl

tionen Deutschen. Kurz eingegangen wurde auf die Geschichte des Projekts. Nun gebe es Bemühungen auf deutscher Seite, **Erika Steinbach** herauszuhalten, damit Polen nicht weiter gegen das Gedenkprojekt kämpfe. Das politische Duo infernale bestehend aus dem ehemaligen Deutschlandbeauftragten **Muszynski** und dem Publizisten **Rak**, der auch im Vorstand der Stiftung für deutsch-polnische Zusammenarbeit sitzt, kommentierte im öffentlichen Fernsehen TVP 1, da es überhaupt keine Vertreibung gegeben habe, sondern nur eine Aussiedlung im Rahmen internationaler Abkommen, sei das „Sichtbare Zeichen“ nicht akzeptabel für Polen. Diese von den Kommunisten über Jahrzehnte propagierte und von den Nationalkonservativen wieder aufgegriffene beschränkte historische Perspektive, wird wohl von nicht wenigen in Polen allzu gerne geglaubt. Den gerade auch von polnischen Historikern aufgearbeiteten Tatbeständen entspricht sie nicht.

In den Zeitungen am Aschermittwoch, den 6. Februar macht alleine die liberale **Gazeta Wyborcza** (Auflage 440.000) unter der Schlagzeile „Besänftigung des Streits um die Vertriebenen“ den Delegationsbesuch zum Aufmacher. „Die Deutschen helfen bei der Restaurierung der Westernplatte und bauen in Berlin ein polnisches Museum. Polen akzeptiert das ‚Sichtbare Zeichen‘ – ein deutsches Projekt der Erinnerung an Vertreibung -, aber wird daran nicht mitwirken. Es sieht diesbezüglich danach aus, dass der seit Jahren größte polnisch-deutsche Streit beendet wird.“ Bartoszewski betont in der Gazeta die besondere Bedeutung der 2009 anstehenden Gedenkfeiern anlässlich des 70. Jahrestages des Kriegsausbruchs für Polen: „Wir müssen daran erinnern, dass der Krieg mit dem Angriff auf Polen begann (...). Das gibt uns die Möglichkeit, die deutsch-polnischen Probleme in ihrer Ganzheit zu betrachten, nicht nur aus dem Blickwinkel einer bestimmten Volksgruppe“.

Der Berlin-Korrespondent der Gazeta, **Wielinski**, kommentiert, Polen werde eine wohlwollende Neutralität gegenüber dem Projekt üben, der Bund der Vertriebenen aber wohl weiter darauf bestehen, das er über die Erinnerung an das Gedenken an die Deportationen entscheide und nicht die Regierung. Die Gespräche hätten die Diskussion nicht zum Abschluss gebracht, da auch die Politiker der PiS der Regierung vorwerfen werden, vor Deutschland „kapituliert“ zu haben. Das wichtigste Ergebnis sei, dass in Berlin nun mit einem Museum zur Geschichte Polens, einem Denkmal zu Ehren der Solidarnosc in der Nähe des Reichstags, der Ausstellung über polnische Kriegsoffer und der Erneuerung des Mahnmals für die polnischen Soldaten Erinnerungsorte entstünden, die die Geschichte auch aus polnischem Blickwinkel erzählten.

In der liberal-konservativen **Polska** (Auflage ca. 600.000), die in Zusammenarbeit mit The Times erscheint, ist **Erika Steinbach** rechts unten auf der Titelseite unter der Überschrift abgebildet: „Polen ‚nicht‘ für das Zentrum der Vertriebenen“. Der deutsche Kulturminister sei nach Warschau gekommen, um das Projekt der „Erinnerung der Vertriebenen“ vorzustellen. Für Polen sei dies das maskierte Zentrum gegen Vertreibungen Erika Steinbachs. Auf Seite drei der Polska sind zweidrittel des Raumes dem Thema gewidmet. „Wir werden den Deutschen nicht helfen“, heißt die Schlagzeile. „Die Deutschen bauen alleine das „Sichtbare Zeichen“ gegen Flucht und Vertreibung. Polen wird sich nicht formal an dem Projekt beteiligen, obgleich unsere Historiker mit ihm arbeiten können.“ Sachlich wird informiert, wobei **Karol Karski**, Vizeaußenminister der PiS-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

POLEN

STEPHAN RAABE,
LEITER DES AUSLANDSBÜROS

Freitag, 11. Januar 2008

www.kas.de/warschau

www.kas.pl

Regierung zu Wort kommt mit der Bemerkung, eine Beteiligung polnischer Historiker würde das Projekt glaubwürdiger machen, weil es zeige, dass Polen sich nicht distanzieren.

In Interviews werden **Bartoszewski** und die SPD-Abgeordnete **Angelika Schwall-Düren** zitiert. Bartoszewski versucht das Thema „Sichtbares Zeichen“ herunterzuspielen indem er sagt, es interessiere nur mittelmäßig. Die Gespräche hätten in einer guten Atmosphäre stattgefunden. Es gebe keinen Anlass, sich dauernd mit deutschen Problemen zu befassen, die das Ergebnis des leichtsinnigen Engagements einiger deutscher Politiker bei der Unterstützung einer Organisation seien. Man werde vielleicht eine Konferenz veranstalten mit Vertretern der polnischen Juden, aus Frankreich und England zur Diskussion des Projektes. Er sei nicht sicher, ob diese das Projekt als gut bewerten werden. Angelika Schwall-Düren meint, es sei zu begrüßen, wenn polnische Wissenschaftler bei dem Projekt mitarbeiteten. Auf die Frage, ob die deutsche Regierung beim „Sichtbaren Zeichen“, das Konzept Erika Steinbachs nutzen werde, antwortet Schwall-Düren, sie nehme dies nicht an. Nach ihrer Einschätzung werde das Thema keine Rolle im deutschen Wahlkampf 2009 spielen.

Marek Kacprzak kommentiert kritisch: Die Chancen, die Wunden zu heilen, würden geringer, da von deutscher Seite keine Zugeständnisse gemacht worden seien und das Projekt wie von Deutschland gewollt verwirklicht werde. Deshalb könne man Verständnis haben für entrüstete Stimmen, die von einer Fälschung der Geschichte, der Vertauschung von Täter und Opfer sprächen. Der Dialog sei aber weiter notwendig, da die Geschichte nicht eindeutig und die Verständigung über die Geschichte wichtig für die Gestaltung der Zukunft sei. Bei **Bartoszewski** sei das Thema aber in guten Händen. Die Kriegsschuld der Deutschen dürfe nicht relativiert werden, aber Opfer habe es auf allen Seiten gegeben, denen man sich mit Empathie annehmen müsse.

Die konservativen Zeitungen **Rzeczpospolita** (Auflage 150.000) und **Dziennik** (Auflage 160.000) berichten überhaupt nicht (Dziennik) oder unter ferner liefen auf Seite 15 (Rzeczpospolita) durch den Berlin-Korrespondenten, Piotr Jendrosz-czyk, unter der Schlagzeile: „Warschau unterstützt nicht das Sichtbare Zeichen“. Der ehemalige Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses des Sejm, **Pawel Zalewski**, bezeichnet das Ergebnis als „sehr gute Lösung“. Da beide Seiten von sehr unterschiedlichen Voraussetzungen ausgingen, würden weitere Auseinandersetzungen durch die Nichtteilnahme Polens vermieden. Laut Rz sei Deutschland den polnischen Erwartungen teilweise entgegen gekommen. So werde die Vertreibung in der geplanten Ausstellung als Folge des von Hitler begonnenen Krieges dargestellt und das Projekt eingeordnet in das Deutsche Historische Museum.

Erstaunlich ist die bisherige Zurückhaltung bei der Kommentierung der Gespräche von Seiten der Nationalkonservativen. Bisher haben sich weder der Staatspräsident noch die führenden Politiker der Partei „Recht und Gerechtigkeit“ dezidiert zu Wort gemeldet.

Der Vorsitzende der Vertriebenengruppe der CDU/CSU Bundestagsfraktion, **Jochen-Konrad Fromme**, erklärte unterdessen, dass Polen sich dem Projekt nicht länger entgegenstelle, sei nach den Verwerfungen der vergangenen Jahre ein „ermutigendes Signal“. Jetzt gehe es darum, durch die Art der Gestaltung der Erinnerung zu überzeugen.



Konrad
Adenauer
Stiftung

Impressum

Konrad Adenauer Stiftung e.V.
Hauptabteilung
Internationale Zusammenarbeit

Fundacja Konrada Adenauera
Przedstawicielstwo w Polsce
ul. J. Dąbrowskiego 56
PI-02-561 Warszawa

Telefon

+48 22 845 93 30

+48 22 848 54 01

Fax

+48 22 848 54 37

Mail

kas@kas.pl